



HESSISCHER LANDTAG

02. 12. 2015

HHA

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307

Inhalt des Antrags: Absenkung der Mittel für den Verfassungsschutz

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verfassungsschutz

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	24.017,1	-6.000,0	18.017,1
Produktabgeltung	21.406,5	-6.000,0	15.406,5

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Dem Hessischen Verfassungsschutz wurden fortwährend mehr Mittel und Kompetenzen zugewiesen, während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen und Behörden, immer weiter gekürzt wurde. Dabei hat der Verfassungsschutz bei der Erkennung und Bekämpfung rechter Strukturen und Gefahren augenscheinlich völlig versagt. Die Geheimdienste sind - ob in Hessen, im Bund oder im internationalen Umfeld - durch nichts als unentwegte Skandale in Erscheinung getreten. Sie entziehen sich zudem jeglicher demokratischer Kontrolle. Ohne Leistungsnachweis und Kontrollierbarkeit sind sie ein überflüssiger Fremdkörper innerhalb der Demokratie.

Wir wollen den Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" Schritt für Schritt zurückbauen - bis zu seiner Auflösung - indem zunächst eine Rückführung der Mittel auf das Niveau der Personalausgaben von 2006 stattfindet. Die freiwerdenden Mittel für den Verfassungsschutz sollen für die Errichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie verwandt werden. Diese soll den Verfassungsschutz mittelfristig ersetzen. Freiwerdende Mittel sollen zudem in Präventionsprogramme gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit fließen.

Wiesbaden, 2.12.2015

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende

Willi van Ooyen